

**Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen  
Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau  
SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster  
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)**

24. Juni 2014

**Morgen (25.6.), 8.00 Uhr: Protest vor Urananreicherungsanlage  
Gronau**

**„Kein Uranmüll-Dauerlager in Gronau“**

**- Atomaufsicht will neues Uranmülllager technisch  
abnehmen**

Anti-Atomkraft-Initiativen und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) rufen für morgen (Mittwoch, 25. Juni) ab 8.00 Uhr zur Teilnahme an einer Mahnwache vor der Urananreicherungsanlage (UAA), Röntgenstr. 4, im westfälischen Gronau auf. Anlass ist die ebenfalls für Mittwoch geplante technische Abnahme des neuen Uranmüll-„Zwischen“lagers. In dem Hallenlager sollen dauerhaft bis zu 60 000 Tonnen Atommüll in Form von Uranoxid eingelagert werden.

Mit einer „Bauzustandsbesichtigung“ wollen die rot-grüne NRW-Atomaufsicht und die Bezirksregierung Münster zusammen mit der Stadt Gronau und Bausachverständigen die fertig gestellte riesige Lagerhalle in Augenschein nehmen. Danach kann die UAA-Betreiberfirma Urenco bei der NRW-Landesregierung die Inbetriebnahme des Uranmüll-„Zwischen“lagers beantragen und mit der Einlagerung beginnen – wenn die NRW-Landesregierung keine Einwände erhebt! Einen Antrag der Gronauer GAL-Ratsfraktion, dass auch Gronauer Ratsmitglieder an der morgigen Begehung teilnehmen können, hat das NRW-Wirtschaftsministerium unverständlicherweise abgelehnt.

„Hier darf es nicht allein darum gehen, ob die Halle baulich in Ordnung ist. Die neue Lagerhalle ist nicht gegen Flugzeugabstürze gesichert, eine sichere Entsorgung des Uranmülls steht in den Sternen und die NRW-Landesregierung möchte Urenco sogar eine zeitlich unbefristete Lagerung des Urans genehmigen – wir befürchten deshalb die schleichende Entstehung eines oberirdischen Endlagers in Gronau,“ so Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

„Im NRW-Koalitionsvertrag hat Rot-Grün noch die Stilllegung der Urananreicherungsanlage gefordert, nun wird der Atomstandort Gronau drastisch mit einem neuen Mega-Atommülllager ausgebaut, um den unbegrenzten Weiterbetrieb der Urananreicherungsanlage zu sichern. Das passt nicht zusammen. Die NRW-Landesregierung darf Gronau nicht zu einer unkontrollierbar wachsenden Atommüllhalde machen, sondern muss Urenco politisch endlich Einhalt gebieten und die Uranfabrik stilllegen,“ forderte Udo Buchholz vom Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau.

Die Situation verschärft sich in Gronau durch mehrere Faktoren:

1. Die UAA Gronau wurde 2011 vom Atomausstieg komplett ausgenommen und soll nach dem Willen der Bundesregierung zeitlich unbefristet weiter angereichertes Uran für AKW in aller Welt produzieren.
2. Schon jetzt lagern nach einer aktuellen Auskunft der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linken (Bundestags-Drucksache 18-1726, s. Anhang) neben der Urananreicherungsanlage fast 20 000 Tonnen Uranhexafluorid im sog. „Freilager“ unter freiem Himmel – das ist ein historischer Höchststand!
3. Zudem reicht selbst die fertig gestellte neue Uranmüllhalle nach Angaben der Bundesregierung nur, um das abgereicherte Uran aus der Urananreicherung für maximal zehn Betriebsjahre aufzunehmen. Das heißt, bereits in wenigen Jahren müsste Urenco für den Weiterbetrieb der Urananreicherungsanlage in Gronau eine zweite Lagerhalle bauen. Damit würde Gronau zu einem der bundesweit größten Atommüllstandorte.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) betont, dass bei der Diskussion um den Gronauer Atommüll auch die rund 30.000 Tonnen Uranhexafluorid nicht vergessen werden dürfen, die in der Vergangenheit unter Protest von Gronau nach Russland exportiert wurden.

**Weitere Infos:** [www.sofa-ms.de](http://www.sofa-ms.de), [www.urantransport.de](http://www.urantransport.de), [www.kein-castor-nach-ahaus.de](http://www.kein-castor-nach-ahaus.de), [www.bbu-online.de](http://www.bbu-online.de).